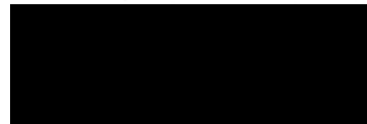


Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume | Postfach 71 51 | 24171 Kiel

Dr. Patrick Breyer, MdL
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: V 42 - 581.70-Bohr- und Ölschlammgru-
ben-2481/2015
Meine Nachricht vom: /



17.10.2016

Antrag auf Einsicht in die Liste der Standorte mit Hinweisen auf Öl- und Bohrschlammablagerungen

Sehr geehrter Herr Dr. Breyer,

mit Mail vom 17.10.2016 wenden Sie sich mit dem Antrag auf Einsicht in die Liste der Standorte mit Hinweisen auf Öl- und Bohrschlammablagerungen an das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein.

Ihr Schreiben ist als Antrag nach § 4 Abs. 2 des Informationszugangsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (IZG-SH) zu werten. Als Behörde des Landes, hier oberste Bodenschutzbehörde gem. § 1 der Landesverordnung über die Zuständigkeit der Bodenschutzbehörden (BodSchZustVO) ist das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume informationspflichtige Stelle (vgl. § 2 Abs. 3 Nr. 1 IZG-SH). Nach § 4 Abs. 1 IZG hat die informationspflichtige Stelle die Informationen zugänglich zu machen. Dieser Pflicht wird durch die Bereitstellung der Unterlagen zur Einsicht im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume nachgekommen.

Gem. § 6 Abs. 1 IZG-SH wird Ihr Antrag unter Verweis auf § 9 Abs. 2 Nr. 2 und § 10 Nr. 1 IZG-SH teilweise abgelehnt. Die von § 6 Abs. 1 IZG-SH nicht betroffenen Informationen werden Ihnen entsprechend § 6 Abs. 3 IZG-SH durch die Möglichkeit der Einsichtnahme zugänglich gemacht.

Kosten:

Nach Tarifstelle 1.1. der Landesverordnung über Kosten nach dem Informationszugangsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (IZG-SH-KostenVO) ergeht die Bereitstellung von Informationen gebührenfrei.

Begründung:

Folgende dem Ministerium vorliegenden Informationen wurden ausgesondert:

- Flur, Flurstück, Rechts- und Hochwert, Grundstückseigentümer, Firmennamen, soweit es Auftragnehmer betrifft

Bei den genannten Informationen handelt es sich insbesondere um ungesicherte Informationen über die Lage, z. B. historische bzw. ungenaue Lageangaben, und mögliche Grundstückseigentümer, die vor Jahrzehnten erfasst wurden. Die Richtigkeit dieser Daten ist in diesem Stadium der Altlastenbearbeitung nicht zu gewährleisten. Im Grundsatz gilt dies auch für weitere Angaben wie z. B. zu den abgelagerten Materialien und den abgelagerten Mengen. Langjährige Erfahrungen der Altlastenbearbeitung haben zudem gezeigt, dass sich die anfängliche Gefährdungsvermutung für den überwiegenden Teil der aufgrund von Hinweisen erfassten Flächen nicht bestätigen lässt. Derzeit handelt es sich um einen noch laufenden behördlichen Prüfungs- und Entscheidungsprozess, der zwingend einer Verifizierung bedarf. Eine Information zum jetzigen Zeitpunkt würde den Prozess der erforderlichen sorgfältigen und damit zeitintensiven Aufbereitung dieser sensiblen Daten stören. Eine Bekanntgabe der Informationen würde zu einer Beeinträchtigung der oftmals tatsächlich nicht betroffenen Grundstückseigentümer und des weiteren behördlichen Entscheidungsprozesses im Rahmen der Altlastenbearbeitung führen.

Das MELUR hat in Absprache mit den zuständigen unteren Bodenschutzbehörden bereits den nächsten Arbeitsschritt eingeleitet und zur Unterstützung der Kreise einen Gutachter damit beauftragt, die noch nicht abschließend bewerteten Flächen systematisch zu überprüfen. Dadurch sollen diejenigen Standorte herausgefiltert werden, bei denen sich der Verdacht auf Bohrschlammgruben konkretisiert, denn bei vielen Standorten kann schon allein aufgrund der kurzen Betriebszeiten und vorliegenden Hinweise auf den Verbleib des Bohrgutes eine Gefahr ausgeschlossen werden.

Dem Schutz des behördlichen Entscheidungsprozesses und der privaten Belange steht angesichts der oben dargelegten Erwägungen das öffentliche Interesse nicht entgegen. Aufgrund der Qualität der Daten und der räumlichen Ungenauigkeit der bisher erfassten Angaben ergibt sich im jetzigen Bearbeitungsstand die Gefahr der Falschinformation. Mögliche Gesundheits- oder Umweltgefahren für die Öffentlichkeit lassen sich aufgrund der ungenauen Angaben nicht konkretisieren und sind tatsächlich auch bei bereits untersuchten Standorten derzeit nicht bekannt. Sowohl der Schutz des weiteren behördlichen Entscheidungsprozesses als auch insbesondere der Schutz der betroffenen Grundstückseigentümer vor einer öffentlichen Falscheinstufung und der damit verbundenen Verunsicherung sind damit größer als das Interesse der Öffentlichkeit an einer Bekanntgabe ungenauer bzw. z. T. erwartbar unrichtiger Daten.

Interessen von Grundstückseigentümern und Kaufinteressenten sind überdies kein öffentliches Interesse, sondern privates Interesse, das auch im Rahmen des Grundstücksverkehrs und einer Auskunft gegenüber dem Eigentümer gewährleistet ist.

Diese Vorgehensweise wurde nach Beratung durch den ULD festgelegt.

Mit freundlichen Grüßen



Liste der Standorte mit Hinweisen auf Öl- und Bohrschlammablagerungen